

STREIK JETZT!

Widerstand ausweiten!



Fast drei Wochen täglicher Demonstrationen in ganz Österreich haben Blau-schwarz massiv unter Druck gesetzt. Der SchülerInnenstreik am 18.2. und die Großdemonstration am 19.2. stellen einen neuen Höhepunkt dar. Aber obwohl die Regierung schwach und isoliert ist, steht sie doch noch. Was können wir tun, um sie endlich zu Fall zu bringen?

VON SONJA GRUSCH
SLP-BUNDESSPRECHERIN

Frauen, v.a. berufstätige, gehören zu den Angriffszielen der Regierung. Mit Anfang März beginnt auch die Universität wieder und auch die StudentInnen werden gegen die geplanten Verschlechterungen aktiv werden. Die SLP schlägt den 8. März als Aktionstag mit Warnstreiks vor - damit diese Regierung zu Fall gebracht wird!

ÖGB MUß KÄMPFEN!

Die 1,5 Millionen Mitglieder des ÖGB sind die Hauptopfer der Sparpläne - und sie sind jene Kraft, die die Regierung zu Fall bringen kann. Den ArbeitnehmerInnen steht der Streik als wichtiges und sehr effektives Kampfmittel zur Verfügung. Der ÖGB hat in den letzten Jahrzehnten selten bis nie zum Kampfmittel Streik gegriffen. Jetzt wird zwar mit Streik gedroht. Es werden zwar Fahnen und

Transparente bestellt und wohl auch an den Gewerkschaftsspitzen darüber diskutiert - aber konkrete Schritte gibt es bisher keine. Die Mobilisierung des ÖGB und der Fachgewerkschaften für den 19.2. ist ein guter Schritt - aber was kommt danach? Zur Zeit wartet der ÖGB, bis die Pläne des Regierungsübereinkommens ausgearbeitet dem Nationalrat vorgelegt werden. Erst dann wolle man aktiv werden, hört man aus Gewerkschaftskreisen. Das bedeutet, monatelange Propaganda der Regierung über die angebliche Notwendigkeit dieser Maßnahmen akzeptieren. Das heißt, die Wut und Energie, die jetzt an den Gewerkschaftsbasis gegen die Regierung existiert (unter den DemonstrantInnen sind unzählige Gewerkschaftsmitglieder) ungenutzt verpuffen zu lassen.

STREIK ALS LEGITIMES MITTEL

Der Streik - der wirtschaftliche wie der politische - ist ein legitimes und wichtiges Kampfmittel der ArbeitnehmerInnen. Es ist logisch, dass Streik von der

Regierung als "undemokratisch" verunglimpft wird, tatsächlich beschränkt sich Demokratie aber keinesfalls auf das Ankreuzen einer Partei alle vier Jahre. Die ArbeitnehmerInnen haben nicht nur das Recht, sondern auch die Verantwortung, auch zum Mittel des Streiks zu greifen, um für ihre Interessen einzutreten. Der Vorwurf, durch Streiks in der Privatwirtschaft würden die Falschen getroffen werden, ist falsch: Die Bundeswirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung (also die beiden großen Organisationen der Privatunternehmer) sind die Haupt-Nutznießer der Regierung. Der Öffentliche Dienst gehört ohnehin zu den Hauptangriffszielen von FPÖ - Stellenabbau, Verschlechterungen beim Pensionsrecht, bei Gehältern und bei Arbeitsbedingungen. Genügend Gründe, um endlich Widerstand zu leisten.

JETZT ORGANISIEREN!

Der GPA-Vorsitzende Sallmutter hat einmal erklärt, der ÖGB sei "kein Bienen-

züchterverein, sondern eine Kampforganisation". Diesen Worten müssen endlich Taten folgen. JETZT muß ein Aktionstag festgelegt werden, JETZT mit der konkreten Vorbereitung von Streiks begonnen werden. Die BetriebsräteInnen und PersonalvertreterInnen sind aufgerufen, jetzt aktiv zu werden. Gewerkschaftsmitglieder aber auch Nicht-Mitglieder müssen sich gemeinsam in Aktionskomitees gegen blau-schwarz organisieren. Streiks und Aktionen gemeinsam mit anderen Bevölkerungsgruppen - Arbeitslosen, SchülerInnen und StudentInnen, Frauen, ImmigrantInnen - werden die Schritte sein, die die Regierung zu Fall bringen können. Eine solche Mobilisierung wird eine neue Qualität sein und die ArbeitnehmerInnen auch für die Zukunft in eine wesentlich bessere Ausgangssituation gegenüber Angriffen und Sozialabbau stellen.

NÄHERE INFORMATIONEN
ZU GEPLANTEN AKTIONEN UNTER
TEL: 01/524 63 10

Die Verantwortung des ÖGB

Seit Jahrzehnten setzt der ÖGB auf Sozialpartnerschaft - auf Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, auf Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Die Schlagwörter "Globalisierung" und "Standortsicherung" hat er akzeptiert und damit eine Reihe massiver Angriffe, v.a. bei Arbeitszeitregelungen hingenommen. Die Sparpakte der letzten Jahre wurden sogar mitgestaltet. Daß die Mitglieder darüber verärgert sind und austreten ist nicht verwunderlich.

Wir brauchen eine andere Gewerkschaft. Eine kämpferische Gewerkschaft, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen offensiv vertritt und auch tatsächlich zum Streik greift. Eine aktive Gewerkschaft, in der Mitglieder selbst mitarbeiten können und in der demokratische Beschlüsse gefasst werden. Wer KollegInnen vertreten will, darf nicht mehr verdienen als diese - daher Facharbeiterlohn für GewerkschaftsfunktionärInnen. Und wir brauchen eine unabhängige Gewerkschaft, die sich endlich von der FPÖ trennt - jener Partei, die die Verantwortung für den Aufstieg der FPÖ trägt.

SLP: Die Partei des Widerstands!



Die FPÖ faschistisch?

Neuer Hitler?

Was ist die FPÖ? Diese Frage stellen sich spätestens seit dem 3. Oktober viele Menschen in und außerhalb Österreichs. Ist sie eine faschistische, eine rechtsextreme oder nur eine "gewöhnliche" populistische Partei?

HARALD MAHRER
SLP-BUNDESVORSTAND

Historisch gesehen, war der Faschismus die Antwort des Kapitals auf die fortwährende Krise des bürgerlichen Staats und der Wirtschaft. Die kapitalistische Stabilität sollte mittels eines Gewaltaktes gegen die ArbeiterInnenklasse und ihre Organisationen wieder hergestellt werden. Die wesentlichsten Unterscheidungsmerkmale des Faschismus zu anderen rechtsextremen bzw. -konservativen Strömungen waren vor allem zweierlei: Erstens verfügte der Faschismus über eine organisierte und mobilisierbare Massenbasis und zweitens verfügte er über organisierte bewaffnete Einheiten, die gegen die ArbeiterInnenbewegung eingesetzt wurden. In Deutschland war dies die SA, in Österreich die Heimwehren. Erfüllt die FPÖ diese Kriterien? Offensichtlich nicht, sie verfügt weder über bewaffnete Einheiten, noch kann sie über eine "organisierte und mobilisierbare Massenbasis" verfügen. WählerInnenstimmen allein sind da zu wenig. Wenn die FPÖ schon nicht faschistisch ist, was ist dann?

RECHTSEXTREM

Die FPÖ kann eindeutig als rechtsextrem klassifiziert werden. Das Programm stützt sich ideologisch auf Rassismus, auf die "Volkgemeinschaft", auf "Frauen zurück zum Herd"-Politik, auf Anti-Gewerkschafts-Politik, auf Sozialdarwinismus, usw. Bei der FPÖ kommt noch das historische, sowie das sprachlich-symbolische, Naheverhältnis zum Faschismus hinzu.

NEOLIBERAL

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die FPÖ eine neoliberale Partei. Flattax, Zurückdrängung des Gewerkschaftseinflusses (bis hin zur offenen Spaltung des ÖGB), Aufbrechen der Flächenkollektivverträge, Zerschlagung von Sozialstaat und (Rest-)verstaatlichter, Flexibilisierung, Deregulierung. All das steht auf den Fahnen der FPÖ.

POPULISTISCH

Die Marketingstrategie der FPÖ heißt Populismus. Einerseits werden Sündenböcke für die negativen Auswirkungen dieser Politik konstruiert, andererseits werden die VerliererInnen verunglimpft und selbst zu "Schuldigen" (Sozialschmarotz) stilisiert. Der Sozialabbau, die Flexibilisierung und Deregulierung, der Abbau von Rechten der ArbeitnehmerInnen, die Zurückdrängung der Gewerkschaft wird als "Befreiung" von "Überreglementierung" und "Zwang" verkauft. Durch Säen von Haß, Mißgunst und Neid wird Solidarität untergraben, der angeblich "Fleißige" gegen die angeblich "Faule" aufgehetzt.

Die FPÖ ist als größte rechtsextreme Partei Europas eine enorme Gefahr für die österreichische und europäische ArbeiterInnenbewegung. Sie zu bekämpfen, ihr eine Alternative entgegenstellen, muß daher oberste Priorität sein.

Die neue Partei des sozialistischen Widerstands!

Sozialistische LinksPartei!

Die Unzufriedenheit und Ablehnung der etablierten Politik und ihrer Auswirkungen findet in dieser Bewegung gegen FPÖVP den offenen Ausdruck! Es geht jetzt darum, eine kämpferische Alternative von unten aufzubauen! Die SLP ist dazu bereit!



Die Sozialistische LinksPartei - Die Partei des Widerstands präsentiert sich am 20. 2. 2000 ab 14.00 im Haus der Gewerkschaft Druck und Papier, Wien 7, Seidengasse 17

FRANZ BREIER JUN.
SLP-BUNDESLEITUNG

Trotz des vorhandenen Reichtums in Österreich zerschlägt die FPÖVP-Regierung endgültig den Sozialstaat. Auch für jede zukünftige bürgerliche Regierung (siehe derzeit SPD-Grüne in Deutschland, die Kohls Weg fortsetzen) sind und werden Kürzungspakete und Unternehmerpolitik notwendig sein, um angesichts eines schwachen wirtschaftlichen Wachstums und einer international instabilen wirtschaftlichen Lage die Profite der Konzerne zu sichern.

Aus Bewegungen wie der gegen FPÖVP muß eine Kraft entstehen, die gegen diese Politik und für die Interessen der ArbeitnehmerInnen und Jugend steht und diese Menschen auch organisiert: Die Neuformierung der ArbeitnehmerInnenbewegung. Wir müssen heute und morgen für eine andere Regierung kämpfen, die gemeinsam mit ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen deren Interessen durchsetzt und auf sozialistischer Grundlage steht. Die SLP versteht sich als Ansatzpunkt dafür und strebt als einzige Kraft in Österreich die Bildung einer neuen ArbeitnehmerInnenpartei und Bewegung als strategisches Ziel an. Der Beitritt zur SLP ist deshalb nicht nur der beste, sondern momentan der einzige mögliche Schritt. Wir werden auf allen Ebenen - vor Ort, in den Gewerkschaften, bei Wahlen - der herrschenden bürgerlichen Politik und dem kapitalistischen System eine sozialistischen Alternative entgegenstellen. Die SLP war und ist wesentlicher Bestandteil von Bewegungen gegen Sozial- und Bildungsabbau, die FPÖ und Rassismus, für Frauenrechte und SchülerInnenproteste. Wir kämpfen in der Gewerkschaft für einen unabhängigen, demokratischen und kämpferischen ÖGB und stehen für internationale Solidarität, etwa gegen die NATO-Kriege. Die SLP in Österreich ist nicht allein. Sie ist Teil des "Komitees für eine ArbeitnehmerInnen Internationale" CWI.

Wir sehen die Wurzel der Probleme in dieser kapitalistischen Gesellschaft selbst und stehen für eine andere Ordnung: Sozialismus bedeutet für uns eine weltweit demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft zugunsten der Interessen der Menschheit und nicht der Profit! Die ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas hatten mit Sozialismus nichts zu tun. Zwar gab es eine Planwirtschaft, es fehlte aber völlig an der notwendigen Demokratie. Und auch die Politik der SPÖ war kein Sozialismus.

Bei uns kann jeder Mitglied werden, der die Prinzipien der SLP anerkennt und sich an den Aktivitäten der Partei beteiligt. Lernen auch Sie die SLP näher kennen und werden sie aktiv!

UNSERE ALTERNATIVE:

- ★ Kampf der Arbeitslosigkeit! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn.
- ★ Kampf der Armut!
- ★ Kampf dem Bildungsabbau! Stipendienoffensive statt Studiengebühren. Mehr Freiraum für die Jugend statt Repression und Frontalunterricht.
- ★ Kampf dem Rassismus und Sexismus! Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- ★ Kampf den Privilegien! FunktionärInnen und PolitikerInnen dürfen nicht mehr als ein Durchschnittsgehalt verdienen.
- ★ Kampf gegen Privatisierung und Ausgliederung! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Banken unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen.
- ★ Schluß mit dem kapitalistischen Chaos, dem Rassismus, Verschuldung, Mißwirtschaft, Armut und Krieg produziert! Für eine weltweit demokratisch geplante Wirtschaft. Nein zur Festung Europa, nein zur kapitalistischen EU. Für ein sozialistisches Europa!

International gegen Rassismus und Sozialabbau

Heuchlerische EU!

Seitdem die Regierungsbeteiligung der FPÖ feststeht, geht ein Aufschrei der Empörung durch die westliche Welt. Die EU-Regierungen sehen die "humanen und demokratischen Werte" der EU in Gefahr und drohen mit Sanktionen gegen Österreich.

VON TANJA NIEMEYER
CWI-DEUTSCHLAND

Das ist pure Heuchelei. Wo sind die "humanen" Werte der EU, wenn es darum geht, die Festung Europa aufzubauen und Flüchtlinge abzuschließen? Und wo sind die "demokratischen" Prinzipien, wenn es um die Durchsetzung neoliberaler Politik und dem damit verbundenen Sozialabbau auf Kosten der Jugendlichen, Arbeitslosen und Beschäftigten geht? Genau diese Politik ist es, die rechtsextremen Organisationen und Parteien den Weg ebnen. Wer ernsthaft den Kampf gegen Rassismus und Faschismus führen will, muß das Übel an der Wurzel packen.

Das bedeutet eine Politik gegen Sozialabbau. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass irgendeine Regierung Europas die Probleme für uns löst. Alle vertreten die Interessen der Unternehmer und greifen damit unseren Lebensstandard an. Wird in einem Land rassistischer Politik und Sozialabbau die Tür geöffnet, bedeutet das auch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen in anderen Ländern. Darum brauchen wir eine antikapitalistische Alternative, die sich europä- und weltweit organisiert. Deshalb ist die SLP dem "Komitee für eine ArbeitnehmerInneninternationale - KAI/CWI" angeschlossen. Das KAI/CWI hat Mitgliedsorganisationen in 34 Ländern, auf allen Kontinenten und kämpft überall für eine Zukunft frei von Rassismus, Faschismus und Armut. Um diesen Kampf erfolgreich führen zu können, brauchen wir jede Unterstützung. Wir können uns nur auf uns selbst verlassen. Werde deshalb Mitglied im KAI/CWI!

Der SLP beitreten - die sozialistische Alternative!

Organisier' Dich!

Der Generalangriff der Regierung und Unternehmer gegen uns führt uns drastisch vor Augen: Jetzt müssen wir uns organisieren und eine Alternative aufbauen. Die SLP ist eine neue Partei. Sie verbindet die tagtägliche Arbeit gegen Sozialabbau und Rassismus mit dem Kampf um eine andere, bessere Gesellschaft - und das international! Das kapitalistische System bringt weltweit einer kleinen Minderheit extremen Reichtum, der großen Mehrheit enorme Arbeitslosigkeit und Armut. Selbst in "reichen" Ländern wie Österreich leben rund eine Million(!) an oder unterhalb der Armutsgrenze! Auf der anderen Seite gibt es 60 Milliarden! Rassismus und Sexismus sind für dieses System und seine Parteien wichtige Instrumente zur Festigung dieser Ungerechtigkeiten. Nur eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann eine friedliche Entwicklung und Wohlstand für die Menschheit bringen. Wir können auf

keine der etablierten Parteien vertrauen. Wir müssen deshalb selbst für eine wirklich sozialistische Regierung kämpfen, die die Interessen "von unten" durchsetzt! Die Bewegung des Widerstands richtet sich gegen den Inhalt der neuen Regierung und diese selbst. Und diese Bewegung zeigt auf: Schluß mit der Stellvertreterpolitik! Wir organisieren uns abseits der etablierten Parteien. Und wir gehen nicht nur auf die Straße: Wir organisieren gemeinsam mit anderen KollegInnen in der Schule, im Betrieb und auf der Uni weitergehende Proteste: Streik! Nur die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen und der Jugend kann eine Alternative bilden - nur die Neuformierung der ArbeitnehmerInnenbewegung kann sowohl Attacken der Herrschenden als auch den gesamten System etwas entgegensetzen.

Die SLP und das CWI sind dafür der Ansatzpunkt. Wir sind eine sozialistische demokratische Partei, in und mit der man aktiv werden kann und soll!

Schwarz + Blau = Sozialabbau!

Arme berauben! Reiche beschenken!

Im Wahlkampf haben FPÖVP versprochen, dass es zu keinen Belastungen kommen werde. Was von ihren Versprechen zu halten ist, sehen wir jetzt an ihrem Regierungsprogramm, das alle bisherigen Sparpakete in den Schatten stellt. Der Sozialstaat soll zu Gunsten der Unternehmer und Reichen auf dem Rücken der Beschäftigten begraben werden.

VON ALI KROPP
SLP - BUNDESLEITUNG

Das Regierungsprogramm liest sich wie die Wunschliste der Wirtschaft an den Weihnachtsmann: Senkung der Lohnnebenkosten, Neuregelung des Urlaubsanspruchs, Streichung des Postensuchtags bei Selbstkündigung, Senkung der Unternehmerbeiträge zur Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung, Kammerumlage, Insolvenzausgleichsfonds usw. usw. Alles in allem Vergünstigungen, weit jenseits der 20 Mrd. Schilling für Selbstständige. Die Regierung wird hingegen nicht müde zu beteuern, dass es einerseits auch bei den Unternehmern zu "Belastungen" komme und andererseits dass damit der Standort Österreich abgesichert werde. Nun, die neuen "Belastungen" für Selbstständige machen gerade einmal 3,4 Mrd. aus und wirken mehr als lächerlich im Vergleich zu den Belastungen bei den ArbeitnehmerInnen. Und was soll "Standortsicherung"

überhaupt heißen? Im Wesentlichen, dass die Löhne möglichst niedrig gehalten werden und Unternehmer Vergünstigungen bzw. Subventionen erhalten. Die Folgen davon sind "Subventionspoker" und eine massive Umverteilung von Steuergeldern zu den Unternehmen.

UND WAS GIBT'S FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN?

Auch für Unselbständige ist im Regierungspakt einiges vorgesehen. Menschen, die nach genügend Versicherungsjahren frühzeitig in Pension gehen wollen, müssen mit Pensionseinbußen von bis zu 20% rechnen. Nach außen hin wird argumentiert, dass nur so die Pensionen langfristig gesichert werden können. In Wirklichkeit soll aber unser Pensionssystem zerschlagen werden. Statt dessen gibt es dann ein "3-Säulenmodell": staatliches Minimum (der Rest der jetzigen Pension), die Abfertigung als Betriebspensionskasse und als letzte Säule eben Privatversiche-

Die DemonstrantInnen haben es erkannt:
SPÖ/ÖVP/FPÖ betreiben Umverteilung von arm zu reich.



rung. Damit wird die Abfertigung völlig zweckentfremdet. Sie war gedacht, dass die Zeit nach Verlust des Arbeitsplatzes besser überbrückt werden kann. Noch schlimer aber ist, dass Altwerden damit zu einem Privileg wird. Denn wer sich keine Privatversicherung leisten kann, muss in der Pension den Gürtel enger schnallen. Mit "Karenzgeld für alle" bzw. dem "Kinderbetreuungsscheck" steckt die Regierung viel Geld in ihr familienpoliti-

sches Leitbild: Frauen zu Kind und Küche. Wenn gleichzeitig bei den Kindergärten gekürzt wird, bleibt den Frauen nichts anderes über, als zu Hause zu bleiben. Im Öffentlichen Dienst sollen 9.000 Stellen abgebaut und im Gesundheitsbereich ein Selbstbehalt bis 20% eingeführt werden. Langzeitarbeitslose müssen künftig für 20% mehr Geld "gemeinwirtschaftliche" Leistungen - wie Hundstrümmer sammeln - erbringen. Zu

Guterletzt soll auch der Rest der ehemaligen Verstaatlichten privatisiert werden, um das Budget kurzfristig zu schönen. Wer glaubt, dass schon alles war, der irrt sich gewaltig - das war nur die Spitze des Eisberges, der da auf uns zutreibt. Darum ist es gerade jetzt um so wichtiger selbst aktiv zu werden. Die Zeit der Stellvertreterpolitik ist vorüber, wir müssen die Zukunft endlich wieder in unsere eigenen Hände nehmen.

SPÖ verantwortlich für FPÖVP! Grüne keine Alternative!

Widerstand sieht anders aus!

Seit dem blau-schwarzen Regierungsantritt befindet sich die SP im Koma. Sie hat in der jetzigen Bewegung keinerlei Bedeutung. Schließlich war es die SP, die gemeinsam mit der VP massiven Sozialabbau betrieben hat. Bestes Beispiel dafür sind die zwei Sparpakete und das gescheiterte Regierungsübereinkommen der Langzeitkoalitionäre.

VON ALI KROPP
SLP-BUNDESLEITUNG

Und auch in der MigrantInnenpolitik spielt die SP schon lange nur noch eine negative Rolle. Ihre Innenminister setzen in den "Ausländergesetzen" die rassistischen Forderungen der FPÖ um. Im ÖGB und der AK ist es die SP- Fraktion, die seit Jahrzehnten ausländischen KollegInnen die Gleichstellung verweigert. Sie dürfen zwar arbeiten, Beitrag zahlen und wählen, aber sich selbst nicht bei AK- und Betriebsratswahlen aufstellen lassen. Für dieses undemokratische Vorgehen gibt es keinen Grund, außer voreilenden Gehorsam an ÖVP und FPÖ. Mit dieser Politik hat die SPÖ nicht nur nicht die FPÖ und Haider verhindert, sondern ihr geradezu den Weg gegeben. So kann sich Haider seit Jahren als "Robin Hood" oder "Anwalt des kleinen Mannes" präsentieren. Alleine die Tatsache, dass Schlägl als Nachfolger von Klima gehandelt wird, zeigt, in welche Richtung sich die Partei entwickelt: Weitere Anbiederung nach Rechts und damit an die FPÖ! Die SPÖ ist längst keine ArbeiterInnenpartei mehr; sie ist eine bürgerliche Partei, mit einem bürgerlichen Programm und einer bürgerlichen Politik. Gegen was soll also diese Partei jetzt noch demonstrieren? Gegen ihre ausländerfeindlichen Gesetze bzw. ihren Sozialabbau? Oder aber vielleicht

nur, weil die ÖVP mit der FPÖ und nicht mit ihr ins Regierungsbett gestiegen ist? Was bleibt da noch über - die Grünen?

DIE GRÜNEN EINE ALTERNATIVE?

Die Grünen sind für viele das kleinste Übel, aber eine wirkliche Alternative sind auch sie nicht mehr. Seit Jahren gehen sie nach rechts und "kämpfen" mit den anderen Parteien um die fiktive "Mitte" und gehören mittlerweile dem Establishment an. Noch deutlicher ist das in Ländern, wo die Grünen die Regierung - egal ob mit Sozialdemokraten oder auch Konservativen - mitbilden. Weder Deutschland noch Frankreich ist aus der Atomenergie ausgestiegen, in vielen Ländern gab es mit Zustimmung der Grünen Sparpakte und auch die rassistische Gesetzgebung wurde nicht angefasst. Ein weiterer Meilenstein auf diesem Weg war der NATO-Angriff auf Jugoslawien. Eine Partei mit Wurzeln in der Friedensbewegung unterstützte bzw. duldeten diesen Krieg ohne großes Murren an der Basis. Eine kleine Gruppe von AktivistInnen in Oberösterreich zog daran den Schluss, dass das "Projekt Grüne" damit endgültig gescheitert ist. Sie sind genauso wie die SLP der Meinung, dass die Zeit mehr als reif ist für eine neue, demokratische, sozialistische ArbeiterInnenpartei.



Widerstand ist Politik "von unten". Die Betroffenen selbst wissen am Besten, wie sie leben und arbeiten wollen.

S

Ja, ich will:

Vorwärts-Abo! (200ÖS Sozialpreis: 100ÖS)

regelmäßige Infos der SLP!

Euch persönlich kennenlernen! Meldet Euch bei mir!

Mitglied bei der SLP werden!

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Email: _____

Bitte ausreichend frankieren!

An die
Sozialistische Linkspartei

Kaiserstraße 14/11
A-1070 Wien

Per Post oder: Faxen an: 01-524 63 11 Mailen an:sov@gmx.net

SLP

DEMONSTRATIONEN:
Jd. Do. 19.00 Ballhausplatz

Widerstands-FEST: 18.2 ab 20 Uhr
Weberknecht, Lerchenfelder Gürtel
U6 Josefstadt Straße

18.2.: Schulstreik ist ein erster Schritt!

Wenn die SchülerInnen dieses Wochenende auf die Straße gehen, dann setzen sie ein klares politisches Zeichen. Ein Zeichen gegen eine Politik, die rassistische Hetze, sexistische Maßnahmen, massiven Sozial- und Bildungsabbau und nicht zuletzt einen weiteren Vorstoß reaktionärer Bildungsmodelle bedeutet. Ein Zeichen dafür, dass das Klischee der unpolitischen Jugend nur ein Klischee ist.

VON KEN HORVATH, SPRECHER DER
SCHÜLERINNENAKTIONSPLATTFORM

Warum demonstrieren wir während der Schulzeit? Wir müssen zeigen, dass die SchülerInnen diese Regierung und ihre Politik nicht akzeptieren. Die Beteiligung von Jugendlichen an den Demonstrationen der letzten Wochen war überwältigend. Ein Schulstreik ist ein weiteres, deutliches Zeichen - wir kämpfen für unsere Zukunft. Die Einschüchterungsversuche des Unterrichtsministeriums kommen nicht von irgendwo. Es geht um jene Politik, die von dieser Unterrichtsministerin ganz entscheidend geprägt wurde. Mit einem Schulstreik tun die SchülerInnen (und LehrerInnen) mehr, als diese Politik nur in Frage zu stellen.

SCHULSTREIK GEGEN RASSISMUS UND BILDUNGSABBABU

Eine 1/3 - Klausel für Kinder nicht-deutscher Muttersprache, die letztlich bedeutet, dass SchülerInnen gezwungen werden, Schulen zu wechseln, Kürzungen bei den LehrerInnengehältern und die Legitimation von Strafmaßnahmen in den Klassen sind an sich schon Grund genug für den Schulstreik. Aber diese Regierung hat noch zusätzliche "Leckerbissen" parat.

So sollen "nationale Leistungsstandards" eingeführt werden. Eine Maßnahme, die z.B. die Thatcher-Regierung 1988 in Großbritannien durchgeführt hat. Es wird ein Schulranking erstellt und es ist kein Wunder, dass im Normalfall die zehn

reichsten Schulen auch die zehn besten Schulen sind.

Im selben Atemzug wird ein klares Bekenntnis zur Elitenbildung abgegeben. Dass nicht alle die selben Chancen in diesem Bildungssystem haben, wird zum Ziel der Bildungspolitik. Der Trend ist seit Jahren abzusehen und soll nun festgeschrieben werden: ein paar reiche Schulen, die über adäquate Bildungsmöglichkeiten verfügen und eine breite Masse der Bevölkerung, die von diesen Möglichkeiten ferngehalten wird. Und, zu schlummer letzt, soll auch der Trend, Schulen wie Wirtschaftsbetriebe laufen zu lassen, nicht umgekehrt, sondern verstärkt werden. Auch hier hat die bisherige Regierung den Boden bereitet.

Im Zuge der sogenannten "finanziellen Schulautonomie" wurden Schulen

gezwungen, entweder massive Einsparungen vorzunehmen (bei Projekten, Schikunen, ...) oder sich finanziell stärkere Geldgeber zu suchen. Die kamen aus der Wirtschaft und brachten ganze Schulen in die Abhängigkeit von eben dieser. Auch das vergrößert die Kluft zwischen reichen Schulen, wo Eltern mitfinanzieren können, und dem Rest.

SCHULSTREIK ALS ERSTER SCHRITT

Die Regierung ist eine Bedrohung für Jugendliche in allen Lebensbereichen - in- und außerhalb der Schule. Nicht für die Schule lernen wir, sondern fürs Leben - genau das tun wir heute. Denn unter dieser Regierung zu leben, heißt Widerstand zu leisten!

Kampf in der
Schule, Kampf
in der Fabrik,
das müßte die
Antwort Aller
auf diese
Politik sein!



Internationaler Widerstand gegen Rassismus

Die Bewegung der letzten Wochen gegen Blau-Schwarz war für Viele weltweit ein wichtiger Kampf gegen Rassismus und Sozialabbau. Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE unterstützt bzw. organisiert in ganz Europa den Widerstand.

VON KATJA RAETZ
JRE-SPRECHERIN BERLIN

Der rassistischen Spaltungspolitik von oben setzen wir internationale Solidarität von unten entgegen. 1992 haben wir uns gegründet, um aktiv gegen die faschistische Bedrohung vorzugehen. So organisiert die schwedische JRE gemeinsam mit anderen die Proteste gegen die Nazis am AntifaschistInnen und hat in mehreren Städten Schulstreiks durchgeführt. In Belgien sind wir aktiv gegen

den Flams Blok, eine rechtsextreme Partei, die sich besonders durch soziale Fragen in einigen Städten etablieren konnte. Aber unser Ziel ist es nicht nur einfach gegen Nazis zu sein. Wir wollen deutlich machen, was die Ursachen für die verstärkte Bedrohung durch Neonazis und den Aufschwung rechtsextremer Parteien wie der FPÖ sind. Schon seit Jahren wird von allen Ländern der EU eine rassistische Politik betrieben, um die Menschen zu spalten und ihren Sozialabbau so leichter durchzusetzen.

Deshalb sehen wir unsere Aufgaben auch darin, den Kampf gegen die Kürzungen mit dem Kampf gegen Rassismus zu verbinden. In Berlin haben wir im Herbst 1999 einen - erfolgreichen - Schülerstreik gegen die drohende Schließung von 28 Kinder- und Jugendeinrichtungen in einem Berliner Bezirk durchgeführt. Jetzt haben wir uns vorgenommen, genau hier eine Outing-Kampagne gegen einen Nazi-Club durchzuführen. Wir werden faschistische Propaganda nicht hinnehmen. Wir wollen aber auch erreichen, dass immer mehr Menschen sich gegen die Faschos auf der Straße und ihre rassistischen Helfer in der Politik gemeinsam mit uns zu Wehr setzen. Mach mit bei JRE!

Die Sozialistische LinksPartei: Die Partei des Widerstands präsentiert sich!

mit Joe Higgins, Mitglied des CWI/ Parlamentsabgeordneter-Irland



vormals Sozialistische Offensive Vorwärts

Sonntag, 20. Februar 2000, Beginn: 14 Uhr

Haus der Gewerkschaft Druck und Papier, 1070 Wien, Seidengasse 17

SAP!
SchülerInnenAktionsPlattform
von Jugend gegen Rassismus in Europa

Die Aktionsgruppe der
SchülerInnenAktionsPlattform:

JEDEN DONNERSTAG UM 19.30 UHR

Eggerthg./Ecke Dürerg., 1060 Wien
U4 Kettenbrückengasse

jre
Jugend gegen Rassismus in Europa

Die Aktionsgruppe von
Jugend gegen Rassismus in Europa:

JEDEN MONTAG UM 19 UHR
IM AMERLINGHAUS

Stiftgasse 8, 1070 Wien
U3 Neubaugasse